

Antrag

Bürgschaftsbank Sachsen GmbH Anton-Graff-Straße 20, 01309 Dresden Amtsgericht Dresden HRB 2425 Vorsitzender des Verwaltungsrates: Kristian Kirpal Geschäftsführung: Markus H. Michalow, Arne Laß

1. Antrag auf								
☐ Ausfallbürgs	chaft		☐ mit Hausb	☐ mit Hausbank/Leasinggesellschaft				
			☐ Bürgschaf	☐ Bürgschaft ohne Bank				
Kreditart Kreditbetrag Zins (in %)		Auszahlung (in %)	Tilgung / Annuität (in €)	Laufzeit / Freijahre	Bürgschafts- prozentsatz (in %)			
Beabsichtigte Si	cherheiten							
2. Kreditnehi	mer							
Firma oder Name, Vorname			Gesc	häftsanschrift				
Telefon			E-Ma	il				
Homepage								
3. Vorhaben								
_ _					161 /656 5			
☐ Existenzgründung				☐ Unternehmensnachfolge / tätige Beteiligung				
☐ Existenzfestigung / Unternehmenswachstum				Stabilisierung / K	onsolidierung			
Innovation								

4. Bei Ausfallbürgschaft: Erklärung des Kreditinstitutes / der Leasinggesellschaft

Der Antrag wird auf der Grundlage der Allgemeinen Bürgschaftsbestimmungen Kredit (bei Leasingverbürgung: Allgemeine Bürgschaftsbestimmungen Leasing) einschließlich des Preis- und Konditionenverzeichnisses der Bürgschaftsbank Sachsen GmbH (nachstehend BBS) gestellt, die wir hiermit anerkennen. Wir bestätigen, dass die zu verbürgenden Kredite/Leasingfinanzierungen bisher nicht gewährt sind. Sofern wir am SCHUFA-Verfahren teilnehmen, nehmen wir bei Existenzgründungs- und Nachfolgefinanzierungen, nachdem die Forderung nach Inanspruchnahme der BBS auf diese übergegangen ist und solange wir die Beitreibung der Forderung für diese betreiben, hinsichtlich des Kreditnehmers die

Version 02/2024 Seite 1 von 3

Meldepflichten gegenüber der SCHUFA auch für die BBS unter unserer eigenen SCHUFA-Kennziffer (FKZ) wahr.

Wir bestätigen, die Identifizierungspflichten sowie sonstige relevante Vorschriften nach dem Geldwäschegesetz beachtet und die BBS im Hinblick auf die im Geldwäschegesetz verankerten verstärkten Sorgfaltspflichten, (u.a. PEP-Status) informiert zu haben und unterrichtet zu halten.

Die Subventionserheblichkeit der im Antrag angegebenen Tatsachen im Sinne von § 264 StGB ist uns bekannt. Die gesonderte Stellungnahme (Votum) unseres Hauses ist beigefügt.

Aktenzeichen	Geschäftsanschrift
Bearbeiter	
TelDurchwahl	
E-Mail	
Ort, Datum	Unterschrift Kreditinstitut / Leasinggesellschaft

5. Erklärung des Kreditnehmers

Ich erkenne / Wir erkennen die auf der Website der BBS (https://sn.ermoeglicher.de) veröffentlichten Allgemeinen Bürgschaftsbestimmungen Kredit (bei Leasingverbürgung: Allgemeine Bürgschaftsbestimmungen Leasing) einschließlich des dort ebenfalls veröffentlichten Preis- und Konditionenverzeichnisses der BBS an.

Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass die BBS zur Beurteilung des Bürgschaftsantrages gutachterliche Stellungnahmen anfordert. Zu diesem Zweck sowie zur Bürgschaftsverwaltung befreie ich/befreien wir alle Personen und Stellen, die Auskunft über meine/unsere Vermögensverhältnisse geben können, insbesondere Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Sachsen mbH (MBG), Sparkassen und sonstige Kreditinstitute, Versicherungsgesellschaften, Sozial- und Finanzbehörden, Sozialversicherungsträger, Rechtsanwälte, Notare, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer von ihren Verschwiegenheitspflichten. Die Befreiung von der Verschwiegenheitspflicht gilt nur gegenüber Anfragen der BBS.

☐ Mit dem Investitionsvorhaben wurde noch nicht begonnen. *					
am	begonnen *		Es wird voraussichtlich am	fertiggestellt.	

Mir/Uns ist bekannt, dass den Bürgschaften der BBS Subventionen der öffentlichen Hand zugrunde liegen und Subventionsbetrug gemäß § 264 StGB strafbar ist. Ich bin/Wir sind darüber unterrichtet, dass bestimmte von mir im Rahmen des Bürgschaftsantrages getätigte Angaben subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB in Verbindung mit § 2 Subventionsgesetz sind. Die Mitteilungspflichten gemäß § 3 Subventionsgesetz bei Änderung subventionserheblicher Tatsachen sind mir/uns bekannt.

Weiterhin ist mir/uns bekannt, dass die BBS neben Ausfallbürgschaften auch für Beteiligungen der MBG Ausfallgarantien übernimmt, dafür jeweils Rückbürgschaften bzw. Rückgarantien durch die Bundesrepublik Deutschland und den Freistaat Sachsen erhält und die Gewährung von Ausfallbürgschaften und -garantien sowie Rückbürgschaften und -garantien nach EU-Richtlinien auf Basis der aktuell gültigen Beihilfereglungen erfolgen. Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass die BBS zur Beurteilung der Übernahme einer Ausfallgarantie für eine Beteiligung der MBG auch die im Rahmen des Bürgschaftsantrages von mir/uns übermittelten Daten an die MBG weiterleitet.

Ich gestatte/Wir gestatten unwiderruflich, dass der Freistaates Sachsen Einsicht in die Steuerakten beim Finanzamt bis zur endgültigen Abwicklung des Bürgschaftsengagements nimmt. Im Falle der drohenden Inanspruchnahme aus der Ausfallbürgschaft ist der Freistaat Sachsen berechtigt, dem Kreditgeber, der BBS zweckdienliche Angaben aus den Steuerakten zu machen.

Ich erkenne die Ihnen von mir/einem Mitarbeiter im Rahmen der papierlosen Einreichung elektronisch mittels Datei oder auf Datenträger gelieferten Unterlagen als für mich verbindlich an. Es ist dabei unerheblich, ob diese Unterlagen mit oder ohne elektronischer Unterschrift eingereicht werden. Elektronisch oder auf Datenträger an Ihr Haus übersandte Unterlagen stehen daher in ihrer rechtlichen Bedeutung den mit Unterschrift versehenen Unterlagen in Papierform gleich. Dies gilt insbesondere für meinen testierten Jahresabschluss, also Bilanz, GuV, Anhang und Lagebericht sowie gegebenenfalls den Prüfungsbericht unseres Abschlussprüfers.

Die nachfolgend genannten Anlagen und sonstige zusätzlich eingereichte Unterlagen zum Antrag auf Ausfallbürgschaft sind Bestandteil dieses Antrages.

Version 02/2024 Seite 2 von 3

	3		äftsbeziehung anfallenden Gebühren, Prämien und Bürgschaftsprovisionen erfolg s entsprechende SEPA-Basis-Lastschriftmandat
	habe ich beigefügt		liegt bereits vor, IBAN:
	Ich handele auf eigene Rech	nnung	
	tum, rechtsverbindliche Unter		
* SI	ubventionserhebliche Angaben, si	ehe zui	m Vorhabenbeginn die KfW-Erläuterungen im "Allgemeines Merkblatt zu Beihilfen".

Anlagen zum Antrag auf Ausfallbürgschaft

- 1. Zur Bearbeitung Ihres Antrages benötigen wir stets folgende nachfolgend verlinkte Anlagen:
 - A) SEPA-Basis-Lastschriftmandat
 - B) Erklärung zu Beihilfen einschließlich "Merkblatt zum Unternehmensbegriff"
 - C) Erklärungen des Kreditnehmers, der Gesellschafter, der Ehegatten (Datenerhebung, Schufa u.a.)

sowie die Angaben in der Anlage

Abschnitt B II 1.. "Anreizeffekt"

D) Sonstige Informationen zum Antrag auf Ausfallbürgschaft

soweit uns deren Inhalt nicht anderweitig dokumentiert von Ihnen zur Verfügung gestellt wird.

Weiterhin benötigen wir bankübliche, in nachstehender Übersicht aufgeführte Unterlagen und Informationen. Sie können uns diese gern in der bei Ihnen bereits vorhandenen Form oder auf Formularen Ihres Hauses zur Verfügung stellen. Alternativ ist jederzeit auch die Nutzung der in nachstehender Übersicht verlinkten Formulare unseres Hauses möglich.

Vorhaben

- Businessplan, Vorhabenbeschreibung und sofern dort nicht enthalten:
- Rentabilitätsvorschau
- Liquiditätsplanung
- → zusätzlich bei Übernahmen, Nachfolgen
- Kaufverträge (auch Entwurf) und betriebswirtschaftliche Unterlagen des zu erwerbenden Unternehmens
- Wertermittlung/ Gutachten zur Ermittlung des Kaufpreises

Betriebswirtschaftliche Unterlagen des Kreditnehmers sowie ggf. verbundener/nahestehender Unternehmen

- Jahresabschlüsse der vergangenen 3 Geschäftsjahre mit Kontennachweis
- unterjährige Auswertung mit Summen-/Saldenlisten, Vorjahresvergleich und Offene Posten Liste Ifd. Geschäftsjahr
- bei natürlichen Personen letzter Einkommenssteuerbescheid
- Kapitaldienstübersicht

Sonstiges

- Selbstauskunft für Einzelunternehmer und Gesellschafter ab 10% Anteil
- Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug, Transparenzregisterauszug, Satzung/Gesellschaftsvertrag, Liste der Gesellschafter
- Ausweiskopie der Gesellschafter, Geschäftsführer, Inhaber
- Rolle/ Qualifikation/ Lebenslauf der Gesellschafter, Geschäftsführer und Inhaber > 25% Anteil
- bei Existenzgründungen SCHUFA-Auskunft Einzelunternehmer, Gesellschafter

Ggf. weitere entscheidungsrelevante Unterlagen (z.B. Grundbuchauszüge, Franchiseverträge, ...)

Ergänzend verweisen wir auf nachfolgende Anlage

3. Information zur Datenverarbeitung nach Art. 13 und Art. 14 DSGVO

Version 02/2024 Seite **3** von **3**